



Durch Beschuss beschädigt: Ein Gebäude auf dem Gelände des Atomkraftwerks in Saporischschja. Foto: Konstantin Mihalchevskiy (Imago Images)

## Expertenteam will ukrainisches AKW sichern

**Saporischschja** Kiew und Moskau machen sich gegenseitig schwere Vorwürfe. Jetzt kann die Atomenergiebehörde die Lage im Atomkraftwerk unabhängig überprüfen.

**Florian Hassel**, Warschau  
und **Paul-Anton Krüger**

Ein Inspektionsteam der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) ist auf dem Weg zum von Russland besetzten Atomkraftwerk Saporischschja in der Ukraine. IAEA-Generaldirektor Rafael Mariano Grossi leitet die Mission, das Team soll «später in der Woche» in dem am Fluss Dnjepr gelegenen grössten Atomkraftwerk Europas eintreffen, das direkt an der Front liegt und Ziel von Beschuss wurde. Dafür machen sich Moskau und Kiew gegenseitig verantwortlich.

Moskau verlangte, dass keine Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter aus den USA oder England im Inspektionsteam sein sollten. Der «New York Times» zufolge kommen die vom Argentinier Grossi geführten dreizehn Inspektoren und die eine Inspektorin etwa aus Polen, Frankreich oder Italien, aber auch aus den moskaufreundlichen Ländern Serbien oder China.

### Schaden wegen Beschuss

Das auch mit Ersatzteilen und Strahlmessgeräten ausgerüstete Inspektionsteam will auf dem einen Quadratkilometer grossen AKW-Gelände die sechs Reaktorblöcke ebenso kontrollieren wie Kühlsysteme, Lager für abgebrannte Brennstäbe und radioaktive Abfälle. Ausserdem soll es nach IAEA-Angaben Schäden durch wiederholten Beschuss begutachten, die Funktion aller Sicherheitssysteme überprüfen und kontrollieren, ob vor Ort noch das gesamte deklarierte atomare Material vorhanden ist.

Detektoren auf dem Kraftwerksgelände sollen durch Beschuss beschädigt worden sein.

Grossi zufolge wurden auch die Datenverbindungen der IAEA nach Saporischschja teils unterbrochen. Das IAEA-Team will zudem die Arbeitsbedingungen des ukrainischen Personals untersuchen, das – in Anwesenheit Hunderter russischer Soldaten auf dem AKW-Gelände – mindestens teilweise nicht die üblichen Schichtwechsel und Rotationen einhalten kann.

Voraussetzung für die IAEA-Inspektion ist freilich eine vollständige Feuerpause. Der hier zehn Kilometer breite Dnjepr-Strom trennt das unter russischer Kontrolle stehende Atomkraftwerk von unter Kontrolle Kiews stehenden Orten wie Nikopol oder Marhanez auf der anderen Flussseite – und von den ihrerseits dort stationierten Einheiten der ukrainischen Armee.

### 500 Soldaten auf Gelände

Das russische Militär hat Enerhodars Bürgermeister Dmitro Orlow zufolge rund 500 Soldaten auf dem AKW-Gelände selbst stationiert, weitere 1000 Soldaten im fünf Kilometer entfernten

Städtchen Enerhodar. Russische Granat- oder Raketenwerfer sind sowohl in Enerhodar wie auf dem AKW-Gelände wie in den nahen Dörfern Kamenskoje und Wodiane stationiert. Die ukrainische Armee unterhält ihrerseits etwa in Nikopol das 301. Boden-Luft-Raketen-Regiment und Artillerie- und Luftabwehrstellungen zwischen Nikopol und Marhanez.

### Raketen auf zivile Ziele

Russische Einheiten feuern seit Anfang Juli Granaten und Raketen auf die ukrainische Seite ab – oft treffen diese zivile Ziele. Die Ukraine beharrt offiziell darauf, dass sie russisches Feuer wegen der Gefahr für das Atomkraftwerk nicht beantwortet – oder nur wie am 20. Juli, als eine bewaffnete Drohne eine russische Stellung auf dem Gelände des Atomkraftwerkes zerstörte.

Tatsächlich aber ist in Nikopol und Marhanez auch das Feuer ukrainischer Artillerie zu hören. Jewhen Jewtuschenko, Leiter des Militärbezirks Nikopol, bestätigte dem «Kyiv Independent», nach russischen Angriffen sei es «unmöglich, nicht zu antworten». Ob die Ukrainer tatsächlich nur russische Positionen ausserhalb des Atomkraftwerkes und abseits von Wohnvierteln – etwa von Enerhodar – treffen, ist mangels unabhängiger Beobachterinnen und Beobachter vor Ort unklar.

Ebenso ungewiss ist, welche Schäden das Atomkraftwerk durch wen davongetragen hat. Am 25. August meldete die ukrainische Atombehörde Energoatom, die beiden Atomreaktoren seien wegen Beschädigung der letzten den Energiebedarf des AKW deckenden Stromleitung

durch russischen Beschuss vom Netz genommen worden – und erst tags darauf wieder angeschlossen worden. In der Zwischenzeit wurden die Reaktor-Sicherheits- und Kühlwassersysteme mit Reserve-Dieselmotoren betrieben.

### Fake News kursieren

Energoatom zufolge beschossen die Russen das AKW immer wieder, die Russen beschuldigen ihrerseits die Ukrainer. Manche Energoatom-Meldung ist fragwürdig: etwa die vom 8. August, der zufolge ein russischer General drohte, das Atomkraftwerk werde entweder «russisches Land oder verbrannte Wüste» sein – Russland habe das Gelände vermint. Das Institut für Kriegsstudien entlarvte die Meldung als Ente.

Drei Tage später meldete Energoatom angeblichen russischen Beschuss der vier Kilometer vom AKW entfernten Feuerwache. Bürgermeister Dmitro Orlow nannte diese Meldung gegenüber dieser Zeitung «fake» – und zeigte, dass das in der Meldung auftauchende Foto von löschenden Feuerwehrleuten tatsächlich spätestens vom Mai 2021 stammt.

An der Grundkonstellation besteht gleichwohl kein Zweifel: dass Russland auf illegal besetztem ukrainischem Gebiet das Gelände eines Atomkraftwerkes militarisieren hat – und eine Demilitarisierung trotz Forderungen auch der Vereinten Nationen und der EU verweigert. Russlands Vertreter bei der IAEA zufolge will die Atomenergiebehörde einige Inspektoren permanent im AKW Saporischschja stationieren – ob Moskau dem zustimmt, ist ungewiss.

## Millionen kämpfen gegen die Sintflut

**Pakistan** Überschwemmungen drohen weite Teile des Landes zu verwüsten.

Während Westeuropa fast austrocknet, versinkt Pakistan in Wassermassen. Derart heftige Regenfälle habe es seit dreissig Jahren nicht mehr gegeben, sagte Premier Shebaz Sharif. Die Katastrophe, von der die Islamische Republik heimgesucht wird, hat biblische Ausmasse: Betroffen sind 33 Millionen der 220 Millionen Einwohner, mehr als 1000 Menschen sind bisher in den Fluten ertrunken. Fast eine Million Häuser wurde gemäss Angaben der Regierung zerstört oder schwer beschädigt. Über 3400 Kilometer Strassen sind unpassierbar. Zudem drohte der Indus, Pakistans wichtigster Strom, über die Ufer zu treten.

### Krisensichere SMS

«Das Wasser steigt in gewissen Gebieten immer noch. Vor allem aber sind unzählige Menschen nun obdachlos», sagt Arjumand Nizami am Telefon in Islamabad. Die Pakistanerin ist Landesdirektorin des Schweizer Hilfswerks Helvetas. Gemäss UNO haben diese Überschwemmungen die Schadensschwelle der Superflut von 2010 überschritten. «Wir von Helvetas sind dabei, Nahrungsmittel für mehr als 3000 Personen zu verteilen.» Dann aber müsse man sich um den Zugang zu Latrinen und fließendem Wasser kümmern: «Pakistan ist ein heisses Land, Malaria und Cholera können sich rasch ausbreiten.»

Im Süden sind ganze Landstriche überschwemmt, schon seit Wochen. Im Norden haben die Sturmfluten zahlreiche Dörfer weggeschwemmt oder abgeschnitten. Mehr als 150 Brücken sind zerstört, die Dörfer deshalb oft geteilt. Ein Handynetze gibt es nicht, oder es ist unterbrochen, wie die britische BBC aus dem Manoor-Tal in der Provinz Khyber Pakhtunkhwa berichtet.

Doch die Einwohner wissen sich zu helfen und schreiben krisensichere SMS: Sie stecken ein Stück Papier mit ihrer Nachricht in einen mit Steinen gefüllten Plastiksack und werfen ihn auf die andere Seite des Flusses. Im Swat-Tal, ebenfalls in der Provinz Khyber Pakhtunkhwa, kons-

truierten findige Helfer mit einem Bettgestell einen Flaschenzug. Damit transportierten sie Menschen vom abgeschnittenen Ufer zum anderen – und das über die reissenden Fluten.

Die pakistanische «Daily Times» berichtet, dass die pakistanischen Streitkräfte in der Region Lahore siebzehn Notlager für Flutopfer errichtet hätten. Ausserdem können an landesweit 212 Sammelstellen der Armee Hilfsgüter abgegeben werden. Ausreichen dürfte das kaum. Pakistan bittet daher um internationale Hilfe.

Wer aber trägt die politische Verantwortung für die Flut? Die Überschwemmungen hätten mit der natürlichen Abfolge von Trocken- und Regenperioden nichts zu tun, betont Pakistans Klimaministerin Sherry Rehman: «Dies ist nicht mehr der normale Monsun – dies ist eine Klimadystopie vor unserer Haustür», sagte die Politikerin der Nachrichtenagentur AFP.

Derweil kritisieren Gemeinden die Regierung und die lokalen Behörden, weil diese den Bau von Hotels an den Ufern der Flüsse zugelassen haben. Dadurch seien die natürlichen Wasserwege und vor allem das Vorland blockiert worden, das ursprünglich die Fluten habe absorbieren können.

### Ernten und Schulen zerstört

Helvetas-Landesdirektorin Nizami macht sich auch mittelfristig Sorgen, wenn das Wasser wieder weg ist. «Ein Grossteil der Ernten, die jetzt eingefahren worden wären, ist zerstört.» Mehr als 80'000 Hektaren Ackerland sind vernichtet. Betroffen seien vor allem arme Familien auf dem Land, Hunger sei nicht ausgeschlossen. Ausserdem seien schon jetzt 17'000 Schulen nicht mehr benutzbar.

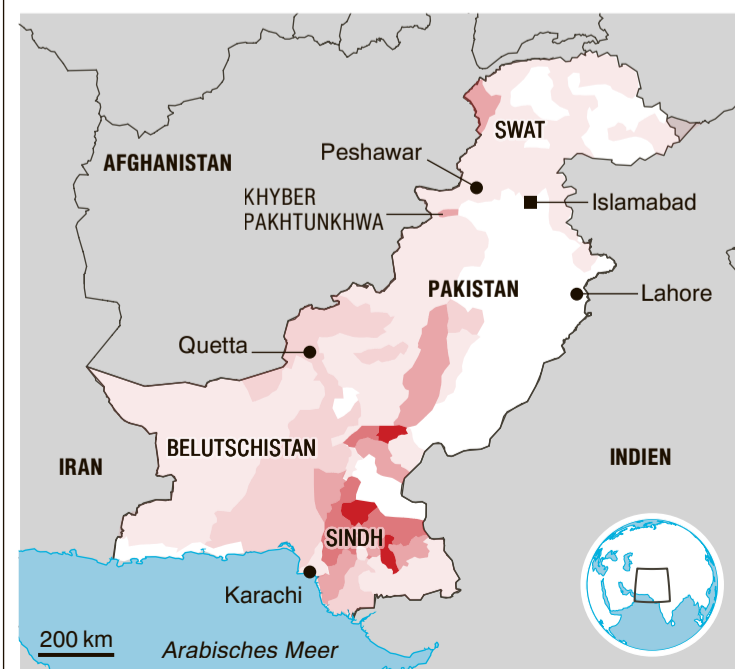
Bereits vor der Flut zählte Pakistan zu den ärmsten Ländern Asiens. Auf dem Entwicklungsindex der UNO belegt das Land Platz 154 (2020). Der islamische Staat ist chronisch instabil wegen ethnischer Konflikte und des islamistischen Terrors.

**Christof Münger**

## Überschwemmungen in Pakistan

Häuser beschädigt oder zerstört

■ bis 1000   ■ 1000 bis 5000   ■ 5000 bis 30'000   ■ 30'000 bis 50'000   ■ 50'000 bis 130'000



Grafik: mat / Quelle: UNO

### Expertenteam erhält Zugang zum AKW



Grafik: niz, mat